Stadt Bitterfeld-Wolfen Rathausplatz 1 06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Ortschaftsrat Wolfen führte seine 13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Montag, dem 29.06.2015, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Puschkinstraße 3, Städtisches Kulturhaus, Konferenzraum, von 18:00 Uhr bis 20:25 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

André Krillwitz

Mitglied

Marko Roye
Michael Baldamus
Ines Chlebowski
Dr. Dr. Egbert Gueinzius
Gerhard Hamerla
Günter Herder
Dr. Siegfried Horn
Bernd Kosmehl
Sandor Kulman
Károly Pákozdi
Martina Römer
Dr. Horst Sendner
Jens Tetzlaff
Birgit Todorovic

Dr. Holger Welsch Barbara Werner Walter Zeller

Mitarbeiter der Verwaltung

Veit Böttcher FBL Ordnungswesen Sandra Heimrath MA SB Liegenschaften

Rolf Hülßner GBL Finanz- und Ordnungswesen

<u>Gäste</u>

Herr Seidel Feuerwehr-Unfallkasse Herr Knabe Leiter der Ortswehr Reuden

abwesend:

Mitglied

Dieter Krillwitz

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Montag, den 29.06.2015, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
|-----|---|-----------------------------|
| 2 | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschriften der letzten Sitzungen des Ortschaftsrates | |
| 3.1 | Genehmigung der Niederschrift vom 09.04.15 | |
| 3.2 | Genehmigung der Niederschrift vom 20.05.15 | |
| 4 | Bericht des Ortsbürgermeisters zur Ausführung gefasster Beschlüsse und aktuelle Mitteilungen aus Dienstberatungen mit der Oberbürgermeisterin | |
| 5 | Anregungen und Anfragen durch die Mitglieder des Ortschaftsrates | |
| 6 | Einwohnerfragestunde für die in der Ortschaft wohnenden Einwohner/innen der Stadt | |
| 7 | Neubau Ortswehr Reuden BE: GB Finanz- und Ordnungswesen Vertreter der Feuerwehr-Unfallkasse Mitte | Beschlussantrag 046-2015 |
| 8 | Maßnahmeplan zur Haushaltskonsolidierung gemäß Auflagen der Kommunalaufsichtsbehörde BE: GB Finanz- und Ordnungswesen | |
| 9 | Schließung des öffentlichen Teils | |

| zu 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
|--------|---|--------------|
| | Der Ortsbürgermeister, Herr Krillwitz , eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest. Es sind zu Beginn 17 stimmberechtigte Mitglieder anwesend; somit ist die Beschlussfähigkeit gegeben. | |
| zu 2 | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| | Frau Römer bemerkt, dass auf der ursprünglichen Tagesordnung vom 17.06.15 der TOP "Verkehrs- und Parkplatzsituation an der Kindertagesstätte Pusteblume" stand, auf der heutigen TO allerdings nicht mehr; sie fragt nach der Begründung. Der Ortsbürgermeister bemerkt, dass der TOP aus Urlaubsgründen erst zur nächsten Ortschaftsratssitzung behandelt wird. Des Weiteren war vorgesehen, Frau Ullmann von der Kaufland Dienstleistung GmbH & Co. KG für die heutige Sitzung einzuladen, was auch aus demselben Grund auf den 12.08.15 verschoben wird. | |
| | Ansonsten gibt es zur vorliegenden Tagesordnung keine Änderungsanträge; diese wird bestätigt. | Ja 17 Nein 0 |
| | einstimmig beschlossen | Enthaltung 0 |
| zu 3 | Genehmigung der Niederschriften der letzten Sitzungen des Ortschaftsrates | _ |
| zu 3.1 | Genehmigung der Niederschrift vom 09.04.15 | |
| | Herr Dr. Sendner stellt im Zusammenhang mit dem TOP 10 "Vorstellung Planungsstand Jörichauer Straße", worüber Herr Guffler am 09.04.15 Ausführungen gemacht hatte, die Frage, inwieweit zum letzten Haus auf der linken Seite der Straße eine entsprechende Zuwegung von der Bergstraße aus erfolgen soll oder nicht. Herr Krillwitz, A. äußert, dass ihm darüber nichts bekannt sei; Herr Dr. Sendner wird dies im BuVA nochmals ansprechen. | |
| | Redaktionelle Hinweise aus dem FB: Zur Anfrage von Herrn Krillwitz, D. unter TOP 1 der Niederschrift vom 09.04.15 zur Parkfläche in der Thalheimer Straße gegenüber der alten Feuerwehr, die stark verunkrautet ist, teilte die Verwaltung Folgendes mit: "Eine Sachverhaltsaufnahme erfolgte und wurde an den zuständigen Bereich weitergeleitet. Sobald von der Stadt die Säuberung erfolgt ist, wird der Eigentümer aufgefordert, seinen Anliegerpflichten nachzukommen. Da die direkte Fläche des Parkplatzes privat ist, liegt es im Ermessen des Eigentümers, ob er das Unkraut dort beseitigt. Der Hinweis von Herrn Krillwitz, D. unter TOP 15, dass die historische Tafel auf dem Markt in der Wolfener Altstadt seit Wochen beschmiert ist, wo man sich von Seiten des Bereichs Ordnungswesen darum kümmern sollte, wurde aufgenommen und zur weiteren Klärung an den SB Grünflächen weitergeleitet. | |
| | | |

| | Die Niederschrift vom 09.04.15 wird bestätigt. | |
|--------|--|--------------|
| | | Ja 16 Nein 0 |
| 2.2 | mehrheitlich beschlossen | Enthaltung 1 |
| zu 3.2 | Genehmigung der Niederschrift vom 20.05.15 | |
| | Der Ortsbürgermeister informiert zur Problematik "Risikoanalyse und Brandschutzbedarfsplan", dass am 03.06.15 im BuVA die Vergabe an ein Büro erfolgte. Bis zum 30.06.15 haben die Ortswehrleiter Zeit, die notwendigen Zuarbeiten dafür zu leisten. Innerhalb von 12 Wochen soll dann, wenn die Zuarbeiten vollständig sind, der erste Entwurf der Risikoanalyse und des Brandschutzbedarfsplans vorliegen. Des Weiteren gab es die Anfrage, weshalb der Bauzaun in der Leipziger Straße 61 umgeworfen ist. Dazu wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass der Bauzaun vor Jahren errichtet wurde, als nach dem Brand Brandreste auf dem Grundstück lagen. Seitdem dieses beräumt ist, sei eine Sicherung nicht mehr notwendig. Die Einhaltung der Straßenreinigungssatzung wird kontrolliert. Wenn hier Versäumnisse vorliegen, wird der Eigentümer aufgefordert, diese zu beseitigen. Die fehlende Hausnummer anzubringen, wurde er ebenfalls aufgefordert. Herr Dr. Sendner verweist auf die Problematik der Änderung des FNP im Zusammenhang mit dem Krondorfer Kreisel und der Wittener Straße. Der BA 064-2015 ist vom Stadtrat mit einer Änderung der Fraktion DIE LINKE. beschlossen worden, und zwar hinsichtlich des Standortes Wolfen-Nord. Dagegen hat die OB Widerspruch eingelegt, der in der Stadtratssitzung am 08.07.15 nochmals auf der TO steht. Herr Påkozdi hinterfragt noch einmal, lt. Niederschrift vom 20.05., TOP 17, was es mit den derzeitigen Bauarbeiten Ecke Goethestraße / Reudener Straße (Richtung Friedhof) im OT Stadt Wolfen auf sich hat. Der Ortsbürgermeister wird sich diesbezüglich nochmals erkundigen; ihm liegt dazu bis dato noch keine Antwort vor. Die Niederschrift vom 20.05.15 wird sodann bestätigt. | Ja 15 Nein 0 |
| | mehrheitlich beschlossen | Enthaltung 2 |
| zu 4 | | Entituting 2 |
| zu 4 | Bericht des Ortsbürgermeisters zur Ausführung gefasster Beschlüsse und aktuelle Mitteilungen aus Dienstberatungen mit der Oberbürgermeisterin Der Ortsbürgermeister verweist auf die Beschlüsse 019- und 020-2015, die die ruinösen Gebäude in der Leipziger Straße zum Inhalt haben. Hierzu ist die OB aufgrund der Kosten in Widerspruch gegangen. Die Problematik steht in der Stadtratssitzung am 08.07.2015 erneut auf der Tagesordnung. Ferner informiert Herr Krillwitz, dass am letzten Wochenende der Kulturund Heimatverein e.V. eine Linde auf dem Wolfener Markt als Ersatz für die Friedenslinde gepflanzt hat, die gefällt werden musste. Des Weiteren berichtet er aus der Mitgliederversammlung der Wohnstättengenossenschaft Bitterfeld-Wolfen. Hier wurde u.a. darüber informiert, dass die 4 leerstehenden Häuser in der Oppenheimstraße im OT Stadt Wolfen zum Verkauf angeboten werden. Außerdem weist der Ortsbürgermeister darauf hin, dass am kommenden Wochenende das 80-jährige Bestehen der Siedlung Steinfurth und das 25-jährige Bestehen des Bürgervereins Steinfurth gefeiert wird. Ferner teilt er nochmals mit, dass Frau Ullmann von der Kaufland Dienstleistung GmbH Co. KG zur nächsten Sitzung des Ortschaftsrates eingeladen wird, da sie derzeit im Urlaub ist. Sie wird das vorgesehene | |

Projekt erläutern.

Herr Krillwitz informiert weiter, dass das Solarfeld auf dem ehemaligen Kasernengelände eröffnet wurde und dass in der kommenden Stadtratssitzung am 08.07.15 Herr Lührs zugegen sein und zum Stand der Goitzsche-Arkaden im OT Stadt Bitterfeld berichten wird.

zu 5 Anregungen und Anfragen durch die Mitglieder des Ortschaftsrates

Frau Todorovic spricht an dieser Stelle erneut die schadhaften Fußwege in der Reudener Dorfstraße an. Die Straße wurde zwar wieder geflickt, doch die Kuhlen sind nach wie vor vorhanden.

Herr Pákozdi weist darauf hin, dass die Bewohner dann angeschrieben werden müssten, wenn entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden, da dort Fahrzeuge parken. Auf der einen Straßenseite wurden bereits Schäden ausgebessert.

Des Weiteren geht er auf das Bitterfelder Hafenfest mit Blick auf die gemeinsame Stadt ein. Seiner Meinung nach sollten die Eintrittspreise dort moderater gestalten werden; er verweist dabei auf das Wolfener Vereinsund Familienfest.

Der **Ortsbürgermeister** erinnert daran, dass man sich im Ortschaftsrat dazu verständigt hatte, in der September-Sitzung das Thema "Vereins- und Familienfest" auf die Tagesordnung zu setzen. Bei der Gelegenheit könnte man, wenn Mitarbeiterinnen aus dem zuständigen Sachbereich zugegen sein werden, auch diese Problematik ansprechen.

zu 6 Einwohnerfragestunde für die in der Ortschaft wohnenden Einwohner/innen der Stadt

Frau Schönfeld hatte aus der Presse von dem Beschluss 064-2015 bzgl. der Änderung des FNP der Stadt Bitterfeld-Wolfen im Bereich des Krondorfer Kreisels und der Wittener Straße erfahren. Sie ist im Besitz einer Garage im Krondorfer Bereich und bemängelt, dass sie von Seiten der Stadt im Vorfeld nicht darüber informiert wurde. Sie fragt, wieviele Garageneigentümer bzw. Pächter hiervon ebenso betroffen sind und wie die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit praktiziert wurde.

Der **Ortsbürgermeister** bemerkt, dass es dort knapp 400 Garagenpächter gibt. Bei der Änderung des FNP gehe es zunächst um einen Aufstellungsbeschluss. Das Verfahren wird nunmehr in Gang gesetzt, in dessen Verlauf die Öffentlichkeit informiert wird, die Hinweise und Anregungen geben könne, die dann entsprechend abgewogen werden. Auf Nachfrage von **Frau Schönfeld**, wie die Information der einzelnen betroffenen Bürger erfolgt, äußert **Herr Krillwitz**, dass er sich diesbezüglich nochmals kundig machen wird.

Im Übrigen werden weitere Beschlussfassungen in der Angelegenheit im BuVA und im Stadtrat erfolgen. Über die Sitzungstermine und Tagesordnungen können sich die Bürger anhand der Aushänge in den Schaukästen der Stadt informieren.

Der Ehemann von Frau Schönfeld (mit anderem Namen, jedoch akustisch nicht zu verstehen) fragt, wie der Ortschaftsrat Wolfen zu der ganzen Problematik bzgl. des Umzugs von Kaufland im Bereich des Krondorfer Kreisels steht. Seines Erachtens sei dieser Standort ungeeignet, weil sich im Umkreis von ca. 4 km mehrere Einzelhandelsgeschäfte befinden.

Der **Ortsbürgermeister** bemerkt, dass die Änderung des FNP auch im Ortschaftsrat behandelt wurde. Der Ortschaftsrat hatte mehrheitlich empfohlen, so zu verfahren.

Herr Zeller macht darauf aufmerksam, dass die Entscheidung hinsichtlich des Standortes der Investor selbst trifft.

Frau Römer bemerkt, dass die Problematik der Garagen auf dem Areal auch ausgiebig in den zuständigen Gremien diskutiert wurde. Im Übrigen sei man froh, dass Kaufland im Stadtgebiet bleiben wolle. Den Vertretern von Kaufland wurden auch andere Standort- Möglichkeiten angeboten, die man ablehnte

Der **Ortsbürgermeister** verweist nach weiteren Anfragen in der Angelegenheit auch auf seine monatlich stattfindende Sprechstunde, wo man sich näher mit dem Thema auseinandersetzen könne.

zu 7 Neubau Ortswehr Reuden

BE: GB Finanz- und Ordnungswesen Vertreter der Feuerwehr-Unfallkasse Mitte

Der **Ortsbürgermeister** verweist auf den Änderungsantrag der Fraktion CDU-Grüne-IFW, der als Tischvorlage verteilt wurde. Er informiert, dass am 30.09.15 der 1. Entwurf der Risikoanalyse und des Brandschutzbedarfsplans vorliegen soll.

Herr Tetzlaff von der einreichenden Fraktion nimmt sodann Stellung zum Änderungsantrag. Er geht noch einmal auf die Historie in der ganzen Problematik ein. Er weist darauf hin, dass angesichts der Kosten ein kompletter Neubau, wie ursprünglich angedacht, nicht notwendig wäre, weil ein großer Teil der Infrastruktur bereits im Ort vorhanden sei. Es gehe grundsätzlich um die vorschriftsmäßige Unterstellung des vorhandenen Feuerwehrautos. Die Fraktion schlägt, alternativ zum ursprünglichen BA, eine Variante vor, die sie, in Rücksprache mit der Ortswehr Reuden, abgestimmt habe und die nunmehr als Änderungsantrag vorliegt. Eine grobe Kostenschätzung ist dem Änderungsantrag ebenso beigefügt. Mit erheblich weniger Kosten könnte man somit den Ansprüchen der Ortswehr Reuden gerecht werden. Die Feuerwehr Reuden könne immer noch 20 regelmäßig geschulte Kameraden vorweisen, wobei andere kleinere Ortsteile Schwierigkeiten haben, Nachwuchskräfte zu generieren. Inwieweit, wie im Änderungsantrag formuliert, die bereits zugesagten Fördermittel eingesetzt werden sollen oder nicht und ob die 25-jährige Mittelbindung zum Tragen kommen soll, wäre sicherlich noch zu diskutieren. Über die HH-Mittel müsste nicht erst neu befunden werden, da diese vom Stadtrat bereits bestätigt wurden. Die vor 2 Jahren erstellte Risiko- und Brandschutzanalyse sage eindeutig aus, dass der Standort in Reuden prioritär zu sehen sei. Selbst wenn eine neue Analyse abgewartet werden soll, die frühestens zum 30.09.15 vorliege, würde es dennoch schwierig sein, noch in diesem Jahr eine endgültige Beschlussfassung im Stadtrat zu erreichen, so dass die Fördermittel nicht mehr abrufbar wären.

Herr Knabe, Leiter der Ortswehr Reuden, bemerkt, dass das vorgestellte Projekt nicht ganz so neu sei. Es sei damals aufgrund des Bestandsschutzes im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms nicht realisierbar gewesen. Nach seiner Kenntnis sei dieser Zeitraum jetzt abgelaufen. Inzwischen hatte man mehrere Varianten "durchgespielt". Mit der von der Fraktion CDU-Grüne-IFW eingereichten Variante könne die Ortswehr Reuden mitgehen und die vorhandenen Ressourcen sinnvoll einsetzen.

Herr Roye nimmt gegen 18:35 Uhr an der Sitzung teil. Somit sind 18 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Dr. Sendner bemerkt, dass im BuVA am 03.06.15 die Vergabe einer

Beschlussantrag 046-2015 Risiko- und Bedarfsanalyse für einen nicht unerheblichen Betrag vergeben worden ist, was zum 30.09.15 vorliegen soll. Dann würde sich zeigen, was diese konkret aussagt. Des Weiteren verweist er auf den Beschluss des Stadtrates, der besagt, dass der Neubau der Garage in Reuden ausgesetzt werden soll, bis die Risiko- und Bedarfsanalyse vorliegt.

Herr Krillwitz, A. bittet sodann die Vertreter der Verwaltung und Herrn Seidel von der Feuerwehr-Unfallkasse um Stellungnahme zur Variante des Änderungsantrages der Fraktion CDU-Grüne-IFW. Lt. Aussage des Stadtwehrleiters im Ausschuss für ROVB wäre diese Variante angeblich nicht DIN-gerecht.

Herr Hülßner bemerkt, dass die Klärung technischer Fragen durch die Fachgremien, d.h. den Ausschuss für ROVB, den Haushalts- und Finanzausschuss und den BuVA erfolgen muss, wobei der Ortsbürgermeister die Meinung vertritt, dass der Ortschaftsrat umfassend zu informieren ist und ebenso Empfehlungen aussprechen könne. Herr Dr. Welsch stellt zunächst den Antrag, den BA nochmals zu vertagen, da bzgl. des Änderungsantrages auch erst einmal die Finanzierung klar sein muss.

Auch für **Herrn Dr. Dr. Gueinzius** stellt sich die Frage der Finanzierung angesichts der prekären HH-Lage. Die Risiko- und Bedarfsanalyse sollte tatsächlich abgewartet werden.

Herr Herder spricht sich strikt dagegen aus, dass man die Entscheidung seit 5 Jahren immer weiter vor sich herschiebe. Er weist nochmals darauf hin, dass die Maßnahme, selbst mit der ursprüngllich teuren Variante, längst ausfinanziert sei; mit den 70 T€ würde man noch eine Einsparung erreichen. In der bisherigen Risiko- und Bedarfsanalyse stehe das Gerätehaus in Reuden in der oberen Rangliste; die Finanzen wären für dieses Jahr ausreichend vorhanden, im nächsten Jahr allerdings nicht mehr. Wer davon ausgehe, dass in der neuen Risiko- und Bedarfsanalyse Reuden möglicherweise nicht gebraucht wird, müsse genauso davon ausgehen, dass auch andere Ortswehren nicht mehr benötigt werden. Der Stadtrat entscheide politisch, unabhängig von einem Gutachter.

Herr Kosmehl bemerkt, dass in der letzten Sitzung des HhFA eine Kostenschätzung im Hinblick auf den Änderungsantrag von der Verwaltung vorgelegt wurde, wobei man Ausgaben in Höhe von ca. 164.800 € errechnet hatte. Er hält es aber auch nicht für richtig, die ganze Sache von einer neuen Risiko- und Bedarfsanalyse abhängig zu machen. Hinsichtlich des Änderungsantrages leuchte es ihm nicht ein, dass man auf bereits vorhandene Fördermittel verzichten soll.

Herr Kulman, der sich im Stadtrat gegen die ursprüngliche Variante mit den Kosten in Höhe von 250 T€ ausgesprochen hatte, sieht in der abgespeckten Variante des Änderungsantrages einen guten Kompromiss. Herr Dr. Welsch teilt an dieser Stelle mit, dass er seinen Antrag auf nochmalige Vertagung zurückzieht.

Der **Ortsbürgermeister** hinterfragt zum Änderungsantrag der Fraktion CDU-Grüne-IFW, ob in den Kosten z.B. auch die Beheizung, ein rutschhemmender Fußboden oder eine Nachrüstung von Absauganlagen etc. enthalten sind.

Herr Tetzlaff bemerkt, dass nach seinem Kenntnisstand, derartige Feuerwehr-Unterstellmöglichkeiten grundsätzlich frostfrei über das gesamte Jahr sein müssen. Die vorhandene Räumlichkeit, d.h. der Schulungsraum und dgl., habe eine ordentliche Heizungsanlage. Es wäre relativ unkompliziert, die Leitung ca. 5 m über die Straße zu legen, so dass man die

vorhandene Anlage nutzen könnte.

Herr Seidel führt aus, dass seiner Behörde von der Stadt Bitterfeld-Wolfen zwei Planungsunterlagen vorlagen, und zwar aus dem Jahr 2009 und aus dem Jahr 2014. Dazu liegt eine Stellungnahme an die Stadt Bitterfeld-Wolfen und an das Landesverwaltungsamt vor. Die Behörde wurde noch über eine weitere Planungsunterlage informiert, worüber heute im Gremium gesprochen wird. Grundsätzlich sei, so Herr Seidel, die letzte Variante allein von den Kosten und der Möglichkeiten her - die sinnvollere. Die Unfallkasse würde der Variante zwar nicht 100 %ig zustimmen, aber im Groben gehe man mit. Es sind noch viele "Feinjustierungen" notwendig. z.B. Veränderung der Parkplätze (günstigere Zugänge) etc. Herr Seidel demonstriert in groben Zügen seine Vorstellungen. Er geht davon aus, dass die vorhandenen Sanitäreinrichtungen auf der anderen Straßenseite noch in etwa so beschaffen sind, wie diese in 2012 waren, was bestätigt wird. Dann könnte man alles in allem mit der Situation relativ gut "leben". Die Feuerwehr-Unfallkasse benötigt allerdings noch offiziell entsprechende Unterlagen von Seiten der Stadt, um eine Stellungnahme abgeben zu können. Allein gegenüber dem Verein gehe dies nicht.

Auf die Nachfrage vom **Ortsbürgermeister**, ob es irgendwelche schwerwiegenden Knackpunkte von Seiten der Unfallkasse gibt, verweist **Herr Seidel** auf die Stellungnahme der Feuerwehr-Unfallkasse aus 2014, wo inhaltlich alles, wie die Beleuchtungsstärke, Belüftung, Heizung, Fußbodenentwässerung, Rutschhemmung etc. aufgelistet waren. Die Straße sei nicht das große Problem; man hätte evtl. mit dem Fällen der Bäume größere Probleme. Er wisse nicht, ob diese Dinge in der Kostenplanung mit enthalten sind.

Herr Seidel weist auch nochmals darauf hin, dass im Rahmen des Arbeitsund Gesundheitsschutzes die Zeiträume der Alarmierung wichtig sind. Es gibt zum einen den Bereich der Schutzausrüstung und den Umkleidebereich. Wenn man in der Lage ist, die persönliche Schutzausrüstung in der Fahrzeughalle hinter dem Auto unterzubringen und evtl. noch räumlich zu trennen, hätte man kein Problem. Die vorhandenen Umkleideräume auf der anderen Seite könne man danach nutzen.

Herr Herder bemerkt zum Änderungsantrag, dass er sich dafür ausspricht, dass man die Fördermittel, soweit machbar, weiterhin nutzt, was einige Ortschaftsräte nicht wollen, um nicht die 25-jährige Bindungsfrist einzugehen. Wenn die Feuerwehr tatsächlich keine 25 Jahre mehr bestehen bleiben sollte, wäre man s.E. durchaus in der Lage, diese Fördermittel anteilig wieder zurückzuzahlen.

Herr Tetzlaff äußert, dass es hier um eine Grundsatzentscheidung des Neubaus der Ortswehr in Reuden in einer möglichst abgespeckten Variante gehe. Um die Diskussion bzgl. der Fördermittel zu entschärfen, streicht er den 3. Absatz des Änderungsantrages der Fraktion, in der es um die Aussage der Nichtverwendung der Fördermittel geht. Diese Problematik könne gern noch in den nächsten Wochen ausgiebig diskutiert werden; habe allerdings nicht mit der eigentlichen Grundsatzentscheidung zu tun.

Herr Herder plädiert dafür, auch den letzten Satz wegzustreichen, weil dieser unsicher ist, der lautet, dass als Kostenrahmen 70 T€ veranschlagt werden, da er nicht riskieren möchte, dass es dann erheblich mehr koste und es daran scheitere.

Im Haushalt ist ohnehin eine Summe eingestellt. Wenn es billiger wird, sei es von Vorteil.

Auf Anfrage bemerkt **Herr Hülßner**, dass hinsichtlich der im Haushaltsund Finanzausschuss vorgestellten Kostenübersicht noch ein Abgleich mit der Feuerwehr-Unfallkasse erfolgen müsste. Die Informationen werden in den Ausschüssen ROVB und BuVA weiter bearbeitet, um ein entsprechendes Ergebnis zu erzielen. **Herr Dr. Sendner** verweist noch einmal eindringlich auf die Risiko- und Bedarfsanalyse, die mit Termin 30.09.15 abgewartet werden sollte, was noch einmal heftige Diskussionen auslöst.

Herr Roye stellt sodann den Antrag zur Geschäftsordnung, aufgrund der ausgiebigen Diskussionen, abzustimmen.

Der **Ortsbürgermeister** merkt noch an, dass man sich auf einen finanziellen Rahmen verständigen sollte, worauf **Herr Kulman** vorschlägt, die 70 T€ im Änderungsantrag auf 85 T€ zu erhöhen.

Dieser Vorschlag wird von **Herrn Tetzlaff** von der einreichenden Fraktion übernommen. Ansonsten wird noch der 2. Passus bzgl. des Verzichts von Fördermittel im Änderungsantrag gestrichen.

Der **Ortsbürgermeister** stellt sodann den Änderungsantrag der Fraktion CDU-Grüne-IFW zur Abstimmung.

Der Ortschaftsrat empfiehlt dem Stadtrat diesen in der geänderten Fassung zur Beschlussfassung.

mit Änderungen empfohlen | Ja 11 Nein 3 | Enthaltung 4

zu 8 Maßnahmeplan zur Haushaltskonsolidierung gemäß Auflagen der Kommunalaufsichtsbehörde

BE: GB Finanz- und Ordnungswesen

Herr Hülßner informiert u.a., dass die Stadt Bitterfeld-Wolfen beim Land einen weiteren Antrag auf Bedarfszuweisung gestellt hat, wobei eine Summe in Höhe von 21,5 Mio. € errechnet wurde. Welche Summe die Stadt dann tatsächlich erhält, hänge davon ab, inwieweit man die Auflagen der Kommunalaufsicht erfüllt. Der Landkreis, mit eigenen finanziellen Problemen, hat mittlerweile seinen Haushalt verabschiedet und ist den Auflagen beigetreten. In den nächsten Sitzungen des Stadtrates Bitterfeld-Wolfen wird man sich daher wieder mit der Deckung der erhöhten Kreisumlage beschäftigen. Die Stadt hat von Seiten der KAB die Auflage erhalten, einen Maßnahmeplan zu erstellen, der dazu beitragen soll, 2,4 Mio. € in den Folgejahren einzusparen. Der Maßnahmeplan wurde am 01.06.2015, im Rahmen der Beratung der Ortsbürgermeister, vorgestellt. Der HhFA hat in seiner letzten Sitzung bereits entsprechende Beschlussempfehlungen für den Stadtrat erarbeitet, wobei Einsparungen von höchstens rd. 300 T€ erreicht werden konnten. Herr Hülßner bemerkt, das insgesamt 34 Maßnahmen zu prüfen waren, die in der Beurteilung für die Kommunalaufsicht für die Bedarfszuweisung letztendlich entscheidend sind. So sollte eine vorläufige HH-Führung lt. Kommunalaufsicht geprüft werden, was der HhFA ablehnte. Des Weiteren sollten keine neuen Investitionen mehr begonnen werden, wobei man sich im Ausschuss ebenso einig war, auf die Investitionen in Höhe von 1,3 Mio. € nicht zu verzichten. Für 2016 gibt es allerdings neue Investitionsschwerpunkte; Herr Hülßner verweist auf die Problematik Feuerwehr. Des Weiteren muss das Energiesparprogramm Stark III in den Haushalt 2016 aufgenommen werden (die endgültige Summe hierfür stehe derzeit noch nicht fest), worauf 2015 verzichtetet wurde. Als Nächstes besteht von Seiten der Kommunalaufsicht die Auflage, die Prämissen für die Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock des Landes zu prüfen, wobei die Gewerbesteuer um 25 % erhöht werden sollte, was auch erreicht wurde. Einer Erhöhung der Grundsteuer habe der HhFA abgelehnt. Herr Hülßner verweist im Weiteren auf Erkenntnisse aus dem Haushaltskennziffernsystem, die bereits gem. den Empfehlungen der

Kommunalaufsicht mit eingeflossen sind.

Der **Ortsbürgermeister** verlässt gegen 19:40 Uhr die Sitzung. Somit sind 17 stimmberechtigte Mitglieder anwesen. Die Leitung der Sitzung übernimmt der Stellvertreter Herr Roye.

Herr Hülßner geht sodann mittels einer Powerpoint-Präsentation auszugsweise auf den ursprünglichen Maßnahmeplan der Verwaltung zu den Auflagen der KAB ein. Auf Einwand von Herrn Dr. Welsch, dass er heute erwartet hätte, dass die vom HhFA empfohlenen Maßnahmen als Diskussionsgrundlage genommen werden, bemerkt Herr Hülßner, dass dazu eine detaillierte Übersicht, in Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden, Herrn Tetzlaff, zeitnah erstellt und den Stadträten zur Verfügung gestellt wird.

Herr Herder ergänzt, dass der Ortschaftsrat, auf der Grundlage des Maßnahmeplans, dem Stadtrat eigene Vorschläge unterbreiten sollte, unabhängig von den Empfehlungen des HhFA.

Herr Hülßner bemerkt, dass jeder Ortsbürgermeister, im Rahmen der Anhörung am 01.06.15 umfangreiche Unterlagen erhalten hat. Die weitere Verfahrensweise liege im Ermessen des Ortsbürgermeisters, wie die Ortschaftsräte entsprechend informiert werden. Im Übrigen könnte sich der Hauptausschuss möglicherweise noch über ganz andere Maßnahmen verständigen.

Herr Dr. Welsch verlässt gegen 19:50 die Sitzung; somit sind 16 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Hülßner erwähnt einige Schwerpunkte bzw. Maßnahmevorschläge aus dem HhFA, worüber sich der Stadtrat positionieren soll. So werden Maßnahmen, wie kostendeckende Gebührenerhebungen, z.B. beim Bestattungswesen geprüft. Die Stadt Bitterfeld-Wolfen arbeitet derzeit an der Friedhofssatzung. Des Weiteren sind gem. Auflage der KAB Verwaltungsund Benutzungsgebühren kostendeckend zu erheben. Hier sind im HhFA ebenso Vorschläge unterbreitet worden, wie z.B. in der Verwaltungskostensatzung den Stundensatz eines Angestellten zu erhöhen. Bei den örtlichen Steuern hatte man z.B. vorgeschlagen, die

Hundesteuersatzung zu überarbeiten; die Verwaltung wird demnächst eine neue Satzung vorlegen.

Hinsichtlich der Kitas sollte der begonnene Weg des Trägerwechsels (noch 2 Einrichtungen in kommunaler Hand) fortgesetzt werden.

Beim Thema Straßenbeleuchtung erfolgt eine europaweite Ausschreibung. Erste Versuche mit dem System "Dim-Light" wurden unternommen.

Bzgl. des Eigenbetriebs Stadthof befindet sich derzeit ein Betriebskonzept in der Beratungsfolge.

Hinsichtlich der Abschaffung von Doppelstrukturen gehe es hauptsächlich um die noch vorhandenen Gebäude und deren Verkauf. Bei der Neustrukturierung von Gesellschaften stehe schwerpunktmäßig das TGZ auf dem Prüfstand.

Herr Dr. Sendner hinterfragt, was konkret durch die Kommunalaufsicht passiert, wenn die Einsparmaßnahmen nicht in der Summe in Höhe von 2,4 Mio. € erfolgen, worauf Herr Hülßner bemerkt, dass er dies nicht voraussagen könne. Es wird eine Rolle bei der Beurteilung des Haushalts 2016 hinsichtlich der Genehmigung spielen.

Auf die Frage von **Herrn Dr. Sendner** nach der Höhe der Nachzahlung der Kreisumlage bemerkt Herr Hülßner, dass diese 900 T€ beträgt.

Herr Dr. Dr. Gueinzius drückt abschließend seinen Unmut aus, dass seit
Jahren gespart, der Haushalt allerdings immer defizitärer wird. Seit vielen
Jahren ist ein Konsolidierungsprogramm notwendig. Bei elementaren
Dingen, wie z.B. die Drehleiter für die Feuerwehr, sei man heute schon fast
am "Aus". Er geht davon aus, dass man in den nächsten Jahren den Haushalt
nicht mehr ausgleichen könne und versuchen müsse, mit der katastrophalen
Verschuldung noch einigermaßen fertig zu werden. Man sollte sich aber
auch dagegen wehren, dass extreme Dinge verlangt werden, die die
Menschen benachteiligen (z.B. Erhöhung der Friedhofsgebühren etc.).
Der Ortsbürgermeister dankt Herrn Hülßner für seine Ausführungen.

zu 9
Schließung des öffentlichen Teils

Der Stellvertreter des Ortsbürgermeisters, Herr Roye, schließt um 20:15
Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. André Krillwitz Ortsbürgermeister

gez. Ilona Bütow Protokollantin